**Marktgemeinde
St. Andrä-Wördern**

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die Sitzung des GEMEINDESRATES am Dienstag, dem 21. September 1999
um 18.00 Uhr

Anwesend waren:

Bürgermeister Alois Haschberger
Vizebürgermeister Wolfgang Seidl

Die Mitglieder des Gemeinderates:

1. gf. GR Johann Haslinger	14. GR Anton Hameder
2. gf. GR Walter Schreiner	15. GR Franz Schattner
3. gf. GR Franz Semler	16. GR Gabriele Golda (ab 20.30 Uhr)
4. gf. GR Alfred Stachelberger	17. GR Ludwig Binder
5. gf. GR Ute Nagl	18. GR Günther Fröhlich
6. gf. GR Ing. Stefan Flor	19. GR Werner Faschauner
7. gf. GR Ludwig Steinböck	20. GR Franz Primmer
8. GR Martin Bauer	21. GR Walter Ribolits
9. GR Werner Kriever	22. GR Josef Roiser
10. GR Theresia Walder	23. GR Paul Kuselbauer
11. GR Gabriele Walcher	24. GR Engelbert Speckmayer
12. GR Mag. Hans Dachler	25. GR Mag. Eugen Ruffingshofer
13. GR Michaela Stoifl	26. GR Michael Edinger (ab 18.15 Uhr)

Entschuldigt:

GR Anton Kneissl

Beginn: 18.00 Uhr Ende: 21.35 Uhr

Die Sitzung war öffentlich. Die Sitzung war beschlußfähig.

1. Verlesung des letzten Protokolls

Gf. GR Nagl erklärt, daß das Protokoll der letzten Sitzung korrekt und ordnungsgemäß abgefasst wurde und stellt den Antrag, auf die Verlesung zu verzichten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

2. Einlauf

a) Grußkarte OV Kriever

Der Bürgermeister berichtet, dass von Hrn. OV Kriever eine Karte aus Osttirol einlangte, in welcher an den gesamten Gemeinderat schöne Grüße gerichtet sind.

b) Dankschreiben Fam. Krist

Der Bürgermeister verliest ein Dankschreiben betreffend „Essen auf Rädern“ von Hrn. Hermann und Fr. Maria Krist aus Kirchbach.

c) Bundesertragsanteile

Der Bürgermeister teilt betreffend der Bundesertragsanteile über der Monate Juni bis August 1999 folgende Beträge mit:

	Summe Einnahmen	hievon einbehalten	somit verbleiben
Juni 1999:	ATS 2,306.069,00	ATS 1,144.750,00	ATS 1,161.319,00
Juli 1999:	ATS 3,644.255,00	ATS 1,425.910,00	ATS 2,218.345,00
August 1999:	ATS 2,380.975,00	ATS 1,069.945,78	ATS 1,311.029,22

d) Schreiben Landesrat Votruba

Der Bürgermeister verliest das Schreiben des Amtes der NÖ Landesregierung, Fr. LR Votruba, vom 13. April 1999, wonach im Kommunalgipfelgespräch vom Oktober 1998 eine Erhöhung des Beitrages des Landes zu den Kosten der Kindergartenhelferinnen von ATS 15,500.000,-- als Abdeckung der Mehrkosten der Gemeinden durch das Kindergartengesetz 1996 erreicht werden konnte. Darüber hinaus ist es ihr gelungen, diesem bisher gedeckelten Budgetansatz zusätzlich ATS 10,000.000,-- einmalig für das Kindergartenjahr 1998/99 zuzuführen. Somit erhöht sich der Punktwert im Kindergartenjahr 1998/99 pro Halbjahr auf ATS 62.261,-- (ohne diese Erhöhung würde er ATS 56.245,80 betragen). Das 2. Halbjahr 1998 gelangt nunmehr zur Anweisung.

e) Schreiben Landeshauptmann Pröll

Der Bürgermeister verliest das Schreiben von Hrn. Landeshauptmann Dr. Pröll vom 8. Juni 1999, dass die NÖ Landesregierung in ihrer Sitzung am 8. Juni 1999 beschlossen hat, der Marktgemeinde St. Andrä-Wördern für die Vorhaben Amtshäuser, Straßen- und Brückenbau und Güterwegeerhaltung Bedarfszuweisungen in der Höhe von ATS 1,080.000,-- zu gewähren.

f) Schreiben Landesrat Votruba

Der Bürgermeister verliest das Schreiben von Fr. Landesrat Votruba vom 24. August 1999, dass sie die Förderung des Landes NÖ zu den Kosten der Zustellung im Rahmen der Aktion „Essen auf Rädern“ mit 1. Jänner 1999 um ATS 1,-- pro Portion erhöht hat. Somit kann der Marktgemeinde St. Andrä-Wördern im 1. Halbjahr 1999 aus Sozialhilfemitteln ein Betrag von ATS 62.412,-- zuerkannt werden. Die amtliche Mitteilung hierüber langte h.a. eine Woche später ein.

g) Gemeinde-Blumenschmuckaktion

Der Bürgermeister teilt betreffend der Aktion „Blühendes Niederösterreich“ mit, dass die Aktion abgeschlossen ist und verkündet lt. Schreiben der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer vom 20. August 1999 folgendes Ergebnis:

St. Andrä-Wördern konnte in der Gruppe 2 im Viertel ober dem Wienerwald mit 94 Punkten den erfreulichen 4. Platz erlangen.

Die Katastralgemeinde Hadersfeld erreichte in der Gruppe 1 im Viertel ober dem Wienerwald mit 85 Punkten den 15. Platz.

Die Katastralgemeinde Hintersdorf erreichte in der Gruppe 1 im Viertel ober dem Wienerwald mit 78 Punkten den 18. Platz.

Die Katastralgemeinde Kirchbach erreichte in der Gruppe 1 im Viertel ober dem Wienerwald mit 78 Punkten den 18. Platz.

3. Grundverkauf in KG St. Andrä, Wallenböckgasse (Kellergrund)

Der Vorsitzende berichtet von einem Ansuchen von Fr. Mag. Ingeborg Fiser, ein Grundstück von ca. 50 m² in der Wallenböckgasse, auf welchem ein Keller steht, um einen Pauschalbetrag von ATS 17.000,-- von der Gemeinde anzukaufen. Es wird sich jedoch auf einen Preis von ATS 400,--/m² geeinigt. Sollte die zu zahlende Summe die den Pauschalbetrag von ATS 17.000,-- überschreiten, so möge die Differenz einem gemeinnützigen Verein zur Verfügung gestellt werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

4. Grundverkauf in der Badesiedlung Altenberg

Entfällt, da kein Kaufansuchen vorliegt

5. Verkauf Badehütte in Altenberg, Auweg 21; Zustimmungserklärung

Gf. GR Stachelberger berichtet, dass dieser Tagesordnungspunkt bereits beschlossen wurde. Aufgrund der Tatsache, dass jedoch die Vermessungsarbeiten noch nicht abgeschlossen waren (Teilungsplan des Geometers im Grundbuch noch nicht eingetragen), scheiterte die Abwicklung bis jetzt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

6. Löschung der Reallast der Verpflichtungen ob EZ. 151, KG Kirchbach

Der Bürgermeister berichtet von einem Schreiben vom 8. Juni 1999 von Hrn. Dr. Strommer, in welchem hervorgeht, dass Hr. Dobranski die Löschung der Reallast betreffend die Ableitung des Oberflächenwassers auf dem Grundstück mit der EZ. 151, KG Kirchbach angesucht hat. Es bedarf eines Gemeinderatsbeschlusses, diese Reallast zu löschen, wogegen nichts einzuwenden ist, da die Eintragung nicht mehr notwendig ist. Gf. GR Semler stellt den Antrag, der vorliegenden Löschungserklärung zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

7. Löschungserklärung EZ. 892, KG St. Andrä, Grundaufschließungskosten

Gf. GR Semler berichtet von einem Schreiben vom 28. Juli 1999 von Hrn. Dr. Strommer, in welchem Hr. Erwin Gruber um eine Löschungserklärung ob der EZ. 892, KG St. Andrä hinsichtlich der Grundaufschließungskosten angesucht hat. Gf. GR Semler stellt den Antrag, der Löschung zuzustimmen, da diese Bestimmung aufgrund der neuen Bauordnung gefallen ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

8. Übernahme der Teilfläche (1) vom Grundst.Nr. 207/5, KG Hadersfeld in das öffentl. Gut

Gf. GR Semler berichtet, dass bei der durch Dipl.-Ing. Pauler durchgeführten Grenzvermessung festgestellt wurde, dass die Teilfläche (1) vom Grundst.-Nr. 207/5, KG Hadersfeld (45 m²), laut Bebauungsplan abgetreten werden muss. Gf. GR Semler stellt den Antrag, die Übernahme in das öffentliche Gut gem. dem Teilungsplan des Dipl.Ing. Karl Pauler, GZ 2075/99, vom 28.6.1999 vom Gemeinderat zu beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

9. 5. Änderung des Örtl. ROProgrammes u. d. Bebauungsplanes, KG Hintersdorf, Beharrungsbeschluss

Vzbgm. Seidl teilt mit, dass hinsichtlich der 5. Änderung des Örtlichen Raumordnungsprogrammes und des Bebauungsplanes, KG Hintersdorf, ein Beharrungsbeschluss herbeigeführt werden soll. Am 25. Juni 1999 erfolgte diesbezüglich ein einstimmiger Gemeinderatsbeschluss. Die gewidmete Baufläche darf lt. Schreiben nicht vergrößert werden, eine Lückenschließung ist nur unter der Voraussetzung möglich, wenn eine Ersatzfläche angeboten wird. Da auch immer mehr Damen der Feuerwehr angehören, sind bauliche Maßnahmen (zusätzlicher Sanitärbereich, etc.) notwendig. Eine Aus-siedlung des Feuerwehrgebäudes ist weder möglich noch erwünscht, da es derzeit sehr zentral und bevölkerungsfreundlich gelegen ist. Dieses Thema wurde auch in der Ausschusssitzung am 16. September 1999 behandelt und so ersucht Vzbgm. Seidl den Gemeinderat, da dieser Beschluss auch im öffentlichen Interesse wegen des geplanten Zubaus beim FF-Haus Hintersdorf liegt, auf den Beschluss vom 25. Juni 1999 zu beharren.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

10. 6. Änderung des Örtl. ROProgrammes u. d. Bebauungsplanes, KG St. Andrä und Wördern

Vzbgm. Seidl berichtet, dass die 6. Änderung des Örtlichen Raumordnungsprogrammes und des Bebauungsplanes, KG St. Andrä und Wördern, den Gemeinderat und den Ausschuss bereits mehrmals beschäftigt hat. Hiebei geht es in der KG St. Andrä um die Arrondierung des Siedlungsgebietes in der Friedhofssiedlung vor der Bahnübersetzung. Dieser Punkt wurde in der Gemeinderatssitzung bereits positiv behandelt. Aufgrund der Kundmachung vom 2. August bis 13. September 1999 nutzten zwei Personen die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die Änderung Leitzinger/Hanich wurde bereits

im Ausschuss behandelt. Im Bereich Edmund-Eysler-Straße / Siegfriedgasse soll die Straßenfluchtlinie versetzt werden, was in die 6. Änderung des Örtlichen Raumordnungsprogrammes und des Bebauungsplanes, KG Wördern eingearbeitet ist. Vzbgm. Seidl ersucht den Gemeinderat um Zustimmung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

11. Regionales Raumordnungsprogramm Nördl. Wiener Umland – Stellungnahme

Vzbgm. Seidl berichtet, dass seitens des Landtages das Umland geteilt wurde und nun „Regionales Raumordnungsprogramm Nördliches Wiener Umland“ heißt. Die Siedlungsgrenzen sind nicht praxisnah, was immer wieder Probleme bereitet. Das Landschaftsschutzgebiet endet bei der LH 118 (Königstetter Straße bis Altenberg). Dies ist allerdings eine künstlich gezogene Grenze. Das Landschaftsschutzgebiet soll im Gebiet Wienerwald jedoch erhalten bleiben. Vzbgm. Seidl hat aus dem Internet von der Abt. RU2 zum Thema „Niederösterreich – Zweitwohnsitzland“ folgende Information: In Niederösterreich gibt es rd. 100000 Zweitwohnsitz-Gemeldete; Dies ist mit 15,4 % nach dem Burgenland der zweithöchste Wert in Österreich. Besonders betroffen ist hievon der Bezirk Tulln mit 21,4 %! Dies ist der vierthöchste Wert von allen Bezirken. Dies trägt zu immer mehr steigenden Grundstückspreisen bei, was den Grunderwerb für Jungfamilien verhindert. Die NÖ Landesregierung möchte gegen diesem Zustand entgegenwirken. Der Raumplaner hat darauf hingewiesen, dass charakteristisch schöne Gebiete Landschaftsschutzgebiet werden können. Das neue Gesetz des Örtlichen Raumordnungsprogramm Wiener Umland sieht keine Änderung für die Marktgemeinde St. Andrä-Wördern vor. Betreffend der hohen Baulandpreise wird mitgeteilt, dass keine Rückwidmungen möglich sind. Des weiteren stellt der Vizebürgermeister fest, dass die Gemeinden Königstetten und Tulbing sicher in der selben oder einer ähnlichen Situation sind und eine ähnliche Stellungnahme abgeben werden. Vzbgm. Seidl stellt den Antrag, dieser Stellungnahme zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

12. Donaukraftwerk Greifenstein – Rohrdurchlaß Königstettner Graben

Der Bürgermeister berichtet, dass im Zuge des Kraftwerksbaues Greifenstein eine desolate Brücke über den Königstetter Graben im Augebiet von Wördern entfernt und durch eine Zwillingsverrohrung ersetzt wurde. Diese Maßnahme wurde auch bei der Kollaudierung des Kraftwerkes genehmigt. Anlässlich einer Wasserrechtsverhandlung wurde jedoch aufgetragen, den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen. Gegen diesen Auftrag hat die Donaukraft berufen und auch die betroffenen Anrainer der Augrundstücke führten Unterschriftenaktionen durch, die Rohrbrücke zu erhalten. Nun könnte mit der Behörde eine dahingehende Einigung erzielt werden, dass die Zwillingsverrohrung belassen wird, wenn sich jemand bereit erklärt, die Brücke zu erhalten und das Schwemmgut zu beseitigen.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, gegen eine einmalige Abfindung von ATS 10.000,-- durch die DOKW die Erhaltung der Brücke und die gelegentliche Reinigung der Rohrbrücke von Schwemmgut zu übernehmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

20. Grundankauf Grundst. Nr. 1501/54, KG Wördern

Gf. GR Nagl berichtet, dass Bürgermeister Haschberger mit Herrn Karl Binder Rücksprache betreffend eines gefährdenden Nussbaum auf seinem o.a. Grundstück gehalten hat, und ihm mitgeteilt wurde, dass dieser Nussbaum sicherheitshalber entfernt werden müsse. Die Gemeinde aber hätte Interesse, das ca. 100 m² große Grundstück zu einem Kaufpreis von ATS 300,--/m² zu erwerben und könnte dann diesen Baum entfernen. Herr Binder ist mit dieser Vorgangsweise einverstanden und willigte ein. Gf. GR Nagl stellt den Antrag, dem Ankauf des Grundstückes mit der Nr. 1501/54, KG Wördern, von Fam. Binder zu einem Kaufpreis von ATS 300,-- / m² zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

21. Einrichtung eines Miettaxis, Probetrieb

Gf. GR Steinböck berichtet, dass das Miettaxi der Fa. Flor ab 1. Oktober 1999 für 6 Monate Dauer seinen Probetrieb aufnehmen soll. Hiefür steht ein maximales Budget von ATS 300.000,-- zur Verfügung. Die Abrechnung soll monatlich mit der Fa. Flor vorgenommen werden. Die Kosten im Zentralraum betragen ATS 50,-- bzw. außerhalb des Zentralraumes ATS 10,-- / km. Bei Fahrten außerhalb des Zentralraumes trägt die Gemeinde die Differenzkosten zu den ATS 50,--, welche kilometergenau abgerechnet werden. Als Nachttarif sind die o.a. Beträge zu verdoppeln. Auch in diesem Falle zahlt die Gemeinde die Differenz zu den ATS 100,--. Alle Preise verstehen sich pro Fahrt. Gf. GR Semler unterstützt diesen Antrag, da die Gemeindeglieder im Zentralraum St. Andrä-Wördern bereits seit längerem die Möglichkeit haben, um ATS 50,-- dieses Miettaxi in Anspruch nehmen zu können. Deshalb sollten die Bewohner der Katastralgemeinden ebenfalls die Gelegenheit bekommen, das Miettaxi um ATS 50,-- nutzen zu können. GR Edinger unterstützt diesen Antrag, jedoch hätte er einen Fahrpreis von ATS 40,-- bevorzugt und die Dauer des Probetriebes verlängert. Vzbgm. Seidl möchte den Antrag ebenfalls unterstützen und ist schon gespannt, wie hoch die Kosten sein werden. GR Walder möchte gerne wissen, mit welchem System die Abrechnung kontrolliert werden kann. Gf. GR Steinböck erklärt, dass der Kunde die Fahrt mit seiner Unterschrift bestätigt. So kann die Fa. Flor dann mit der Gemeinde monatlich abrechnen. Gf. GR Steinböck stellt den Antrag, dem Probetrieb des Miettaxis zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

22. Park & Ride-Anlage Bahnhof St. Andrä-Wördern, Vereinbarung mit NÖVOG

Gf. GR Semler berichtet, dass betreffend der Erweiterung der Park & Ride-Anlage schon länger Verhandlungen geführt werden. Es sollen südlich der Gleisanlage (beim Magazin der ÖBB bzw. am nachfolgenden Grundstück) 31 neue Parkplätze geschaffen werden. Des weiteren sollen die übrigen 70 Fahrradabstellplätze überdacht werden. Den Fraktionen ist jeweils eine Kopie des Vertrages ausgehändigt worden. Die Gesamtkosten für dieses Projekt betragen ATS 1.653.760,--, wobei der Bund 50 %, das Land NÖ 40 % und die Gemeinde 10 %, das sind ATS 165.376,--, zu tragen hat. GR Mag. Ruffingshofer möchte den Zuhörern noch mitteilen, dass ein weitaus unattraktiverer Vorschlag vom Gemeinderat bereits verworfen wurde. Dieser Vorschlag wäre erstens viel teurer gewesen und zweitens hätte man durch die Unterführung eine größere Entfernung zum Bahnhof zurücklegen müssen. Gf. GR Semler erläutert weiters, dass

die Bauzeit ca. 2 Monate betragen wird und der Baubeginn Anfang 2000 festgelegt ist. Das heißt, dass die neue Park & Ride-Anlage ca. ab April 2000 nutzbar sein wird. Gf. GR Semler stellt den Antrag, der Erweiterung der Park & Ride-Anlage gemäß dem vorliegenden Vertragsentwurf am Bahnhof in St. Andrä-Wördern zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

23. Projekt „Jugendarbeit in St. Andrä-Wördern“

Gf. GR Stachelberger berichtet, dass das Thema Jugendarbeit in St. Andrä-Wördern die Gemeindevertretung bereits seit rund einem Jahr beschäftigt. Es gibt in der Marktgemeinde St. Andrä-Wördern sehr viele Aktivitäten und Möglichkeiten für junge Einwohner (Spielplätze etc.). Die Marktgemeinde St. Andrä-Wördern hat sogar Auszeichnungen als jugendfreundliche Gemeinde bekommen. Hierbei handelt es sich allerdings um die Altersgruppe bis 13 Jahre. Viel problematischer sieht die Situation in der Altersgruppe von 13 – 19 Jahren aus. Diese Altersgruppe kann schulische Probleme, Schwierigkeiten bei der Arbeitsuche oder im Elternhaus aufweisen. Des weiteren besteht auch die Gefahr von Sekten oder Drogen. So hat man Kontakt mit der ARGE Jugendzentrum aufgenommen, da die Gefahr bestehen könnte, dass man für diese Altersgruppe nicht genug von seiten der Gemeinde getan hat. Gf. GR Haslinger teilt mit, dass man in Zusammenarbeit mit der ARGE Jugendzentrum die Bedürfnisse der Jugendlichen besser kennenlernen kann. Aufgrund der Empfehlung des Kulturausschusses hat man Hrn. Dvorsky von der ARGE Jugendzentrum ersucht, eine Ausschreibung für die Jugendarbeit in St. Andrä-Wördern durchzuführen. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass die zukünftigen „Streetworker“ nicht aus dem Gemeindegebiet der Marktgemeinde St. Andrä-Wördern stammen, sowie eine männliche und eine weibliche Kraft den Zuschlag bekommen sollen. Von 58 Bewerbern/innen wurden 2 Personen mittels verschiedener Auswahlverfahren ausgewählt, die für diese Aufgabe allen Anforderungen entsprechen. Diese Erhebungen sollen nun für 9 Monate, von 1. Oktober 1999 bis 30. Juni 2000, von der ARGE Jugendzentrum durchgeführt werden. Die Gesamtkosten betragen rd. ATS 500.000,--, welche vom Budget 1999 und vom Budget 2000 abgedeckt werden sollen.

GR Fröhlich unterstützt als Familiengemeinderat dieses Projekt, äußert jedoch die Bedenken, da seiner Meinung nach auch Hr. Dvorsky für das Drogenproblem etc. bestimmt kein Patentrezept liefern können wird.

GR Ruffingshofer ist der Meinung, dass man die Jugendsituation recherchieren lassen soll und eine Sachverhaltserhebung wichtig ist, da genauere Kenntnisse nicht in vollem Umfang vorhanden sind.

Vzbgm. Seidl steht dieser Sache skeptisch gegenüber. Er ist aber der Meinung, dass die Finanzen, die eingesetzt werden, nicht nur Investitionen in die Probleme, sondern auch in die Jugendlichen selbst sein werden bzw. auch die Probleme aufgezeigt werden. Des weiteren teilt er mit, dass die Gemeinde die Probleme sehr wohl kennt, es aber schwarz auf weiß haben möchte.

Der Bürgermeister erläutert noch, dass ein Konzeptentwurf sowie eine Kostenaufstellung an alle ergangen ist. Gf. GR Haslinger stellt den Antrag der Durchführung des Projektes „Jugendarbeit in St. Andrä-Wördern“ zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

24. Vergabe von Straßenbauarbeiten

Gf. GR Semler berichtet, dass das Straßenbaubudget für heuer noch um ATS 1,500.000,-- erhöht werden konnte, was die Vergabe von folgenden kleineren Straßenbauarbeiten zulässt:

- a) *Auftragserweiterung Schloßgasse, Wördern: Auftragserweiterung auf Gesamtsumme von ATS 3,425.148,-- inkl. MWSt.*
- b) *Belagsarbeiten Südtirolergasse, Wördern: ATS 262.464,-- inkl. MWSt.*
- c) *Herstellung Nebenflächen Grabenweg, Hintersdorf: ATS 130.794,-- inkl. MWSt.*
- d) *Sanierung Talgasse, Kirchbach: ATS 17.304,-- inkl. MWSt.*

Gf. GR Semler stellt den Antrag, der Vergabe der o.a. Straßenbauarbeiten zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

25. Straßenbenennung Wördern, Koglerparzellierung

Vzbgm. Seidl berichtet, dass im Zuge der sogenannten „Koglerparzellierung“ eine neue Straße entstanden ist. Diese befindet sich zwischen der Schlossgasse und der Unteren Waldgasse, in der Nähe der Franz-Schubert-Gasse. In der Ausschusssitzung wurde im Zusammenhang mit der Franz-Schubert-Gasse befunden, dass „Mozartgasse“ eine passende Bezeichnung für diese neue Straße wäre. Der Vizebürgermeister stellt den Antrag, o.a. Straßenbenennung zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

26. Beschlussfassung über die Zweckbindung der Getränkesteuer

Gf. GR Stachelberger berichtet, dass es im Europäischen Gerichtshof Diskussionen gibt, ob die Handhabung der Getränkesteuer in Österreich gesetzeskonform ist oder nicht. Sollte der Europäische Gerichtshof der Meinung sein, dass die Getränkesteuer nicht gesetzeskonform ist, so wird diese abgeschafft und muss überdies hinaus auch rückerstattet werden. Wenn eine Zweckbindung der Getränkesteuer beschlossen werden kann, dann muss die Getränkesteuer nicht zurückbezahlt werden.

GR Mag. Ruffingshofer teilt mit, dass das Liberale Forum gegen eine Getränkesteuer ist und momentan mehrere Verfahren am Europäischen Gerichtshof laufen, da eine neue Grundkonzeption geschaffen werden soll. Die Einnahmen der Gemeinde sollen natürlich nicht geschmälert werden, aber einer Reparatur des Gesetzes wird nicht stattgegeben werden.

Gf. GR Stachelberger teilt mit, dass es sich um eine Summe von ATS 2,500.000,-- bis 3,000.000,-- handelt, welche im ordentlichen Haushalt pro Jahr fehlen würde. Manche Gemeinden, besonders Fremdenverkehrsorte, würden bei Abschaffung der Getränkesteuer vor dem wirtschaftlichen Ruin stehen. Man könnte natürlich über eine Abschaffung der Getränkesteuer diskutieren, allerdings müsste zuvor eine Ersatz-einnahme festgelegt werden.

GR Mag. Ruffingshofer erläutert, dass die Getränkesteuer ohnehin nicht ersatzlos gestrichen werden soll, jedoch eine Reparatur in dieser Form kann vom Liberalen Forum nicht unterstützt werden.

GR Faschauner merkt an, dass dies blauäugiges Denken ist. Bei einer Abschaffung der Getränkesteuer würden die Getränke auch nicht billiger werden. Außerdem geht es hierbei darum, dass diese nicht zurückerstattet werden muss.

Gf. GR Nagl teilt mit, dass der Gemeinderat diesen Beschluss fassen soll, um die Gemeindeabgaben zu schützen. Denn bei einem Wegfall der Getränkesteuer kann es nur zu einer Erhöhung der Grundsteuer, der Kommunalsteuer oder der Kanal- und Müllgebühren kommen. Besonders aus Sicht der ÖVP ist diese Unterstützung schwierig, da in **der** Fraktion viele Gastwirte sind. Jedoch tut man alles, die Gemeinde bestmöglich zu unterstützen, und nicht die EU!

Der Bürgermeister erläutert, dass bei einer Rückzahlung der Gastwirt das Geld zurückbekommen würde und nicht der Konsument. Der Gastwirt zahlt an die Gemeinde nur diese Gelder weiter, die der Konsument bei ihm bezahlt hat.

Vzbgm. Seidl merkt an, dass dieses Thema bereits seit dem Beitritt zur EU diskutiert wird und bestätigt die Aussage von gf. GR Nagl.

GR Mag. Ruffingshofer fragt, warum das in den Gemeinden anderer Länder funktioniert und stellt fest, dass betreffend der Getränkesteuer Österreich ein Unikum ist. Jedoch möchte er dieses Thema nicht weiter ausführen, da dies für diese Diskussion zu viel wäre.

Gf. GR Stachelberger stellt den Antrag, die Zweckbindung der Getränkesteuer gemäß dem vorliegenden VO-Entwurf (Beilage 1 zum Protokoll) zu beschließen.

Der Antrag von gf. GR Stachelberger wird mit 25 Dafür- und 2 Gegenstimmen angenommen.

27. Grundsatzbeschluss über Grunderwerb für Straßenverbindung Feldgasse – Hauptstraße, Hadersfeld

Gf. GR Nagl berichtet, dass seit über 10 Jahren immer wieder Hilferufe aus Hadersfeld betreffend das Thema Straßenverbindung Feldgasse – Hauptstraße kommen. Ein neuerliches Gespräch mit Dr. Liechtenstein hat ergeben, dass er betreffend des Preises zum Erwerb des Waldgrundstückes noch immer nicht nachgelassen hat. Der Preis pro m² beträgt nach wie vor ATS 235,-- statt wie in anderen Fällen ATS 18,--. In den letzten Jahren ist die Benützung der Feldgasse enorm angestiegen (auch Lkws etc.). Es ist das legitime Recht für die Hadersfelder Bevölkerung, jetzt die Einbindung der Feldgasse in die Hauptstraße zu verlangen. Da noch verschiedene Behördenverfahren notwendig sind, wäre es besser, jetzt einen Grundsatzbeschluss herbeizuführen. Dem Tauschvorschlag von Hrn. Dr. Liechtenstein vom 17. Juli 1998, das Grundstück Nr. 180/39 (rd. 14000 m²) zu einem m²-Preis von ATS 70,-- gegen die notwendigen Grundstücke Nr. 146 und 211/3 (rd. 5000 m²) zu einem m²-Preis von ATS 235,-- mit einem zu zahlenden Wertausgleich von ATS 162.000,-- plus Vertragsnebenkosten zu tauschen, soll vom Gemeinderat zugestimmt werden, um in den Grundbesitz zu kommen. Der Tauschvertrag mit Dr. Liechtenstein soll jedoch nur abgeschlossen werden, wenn die Einbindung der Feldgasse in die Hauptstraße realisierbar ist.

GR Edinger teilt mit, diesem Grundsatzbeschluss zuzustimmen, obwohl es zwar einen sehr hohen finanziellen Aufwand im Gegensatz zu sehr wenig Einwohnern bedeutet, wenn allerdings aufgrund der Einbindung die Rettung in einem Notfall ein Leben retten kann, zählt dieses bedeutend mehr.

Gf. GR Steinböck teilt mit, dass die FPÖ weder dafür noch dagegen ist. Er ist der Meinung, dass die betroffene Bevölkerung selbst darüber abstimmen soll, ob diese Straße gebaut werden soll oder nicht.

Gf. GR Semler ist der Meinung, dass eine Abstimmung nicht unbedingt notwendig ist, da es bei jeder Abstimmung verschiedene Meinungen gibt.

Gf. GR Stachelberger befürwortet eine Abstimmung, ist aber der Meinung, dass die gesamte Gemeindebevölkerung in diese eingebunden werden müsste. Des weiteren sollte ein Grundsatzbeschluss erst dann herbeigeführt werden, wenn alle Behördenbewilligungen am Tisch liegen.

Gf. GR Nagl befürwortet eine Unterschriftenaktion, jedoch sollte nur die davon unmittelbar betroffene Einwohnergruppe in diese Abstimmung eingebunden werden, da die restlichen Einwohner der Marktgemeinde mit der Sachlage nicht vertraut sind und deshalb auch keine sachliche Meinung abgeben können. Gf. GR Nagl strebt die Herbeiführung eines Grundsatzbeschlusses sehr an, da es momentan im vorderen Teil der Sackgasse große Probleme gibt und dies eine Erleichterung bedeuten würde.

Vzbgm. Seidl meint hierzu, dass die Feldgasse lang ist und aufgrund des ständig wachsenden Verkehrsaufkommens sehr stark frequentiert ist. Jeder Autofahrer fährt pro Jahr ca. 10000 unnötige Kilometer was ca. 1000 Stunden gleichkäme, da man zu oft Umwege fahren muss.

GR Mag. Ruffingshofer meint, dass eine Volksabstimmung nicht im Sinne der Demokratie wäre. Wenn alle Behördenbewilligungen am Tisch sind, dann könnte man zu einer sehr guten Lösung kommen, da es momentan bei einem Rettungsfall zu einer gewissen Problematik kommen kann.

GR Faschauner ist ebenfalls der Meinung, dass eine Volksabstimmung nicht der geeignete Weg wäre.

GR Ribolits teilt mit, dass er der einzige ist, der die gesamte Lage in Hadersfeld beurteilen kann, da er bereits seit 40 Jahren in Hadersfeld lebt. Als in der Feldgasse eine 30 km/h-Zone erreicht wurde, wobei alleine die Beschriftungen hierfür eine Menge an Geld kostete, wurde eine Radarmessung durchgeführt, welche Messungen bis zu 85 km/h ergaben. Auch deshalb ist es ihm ein großes Anliegen, diesen Punkt durchzubringen. Der weitere wichtige Aspekt ist die Problematik in einem Rettungsfall durch die Rettung oder die Feuerwehr. Wenn ein anderes Fahrzeug hängenbleibt, können die Einsatzfahrzeuge nicht mehr vorbei. Zusätzlich dazu werden auch die Neubauten immer mehr, was auch ein größeres Verkehrsaufkommen mit sich bringt. Des weiteren spricht sich GR Ribolits auch gegen eine Unterschriftenaktion aus, da diese auch bei Kanal- und Gasanschluss durchgeführt wurden und es auch damals Gegner gab. Jetzt sind alle froh, dass sie diese Anschlüsse haben. Da es jetzt endlich soweit ist, dass der nötige Grund dafür gekauft werden kann, ersucht er um Zustimmung zum Grundsatzbeschluss über den Grunderwerb für die Straßenverbindung Feldgasse - Hauptstraße. Gf. GR Steinböck möchte gerne wissen, was mit all den anderen Sackgassen im Gemeindegebiet St. Andrä-Wördern ist.

GR Ribolits meint hierzu, dass z.B. auch die Müllabfuhr ca. 1,5 Kilometer zurückschieben muss.

Der Bürgermeister teilt mit, dass dann eine 30 Meter breite Schneise geschlägert werden muss. Dies wurde beantragt, worauf aber bis dato keine Antwort einlangte. Außerdem entspricht es nicht der Realität, wenn Dr. Liechtenstein ATS 235,-/m² verlangt. Nur ist es aufgrund der Sicherheit der Gemeindebürger in Hadersfeld trotzdem notwendig. Jedoch soll der Grund erst gekauft werden, wenn alle Behördenbewilligungen am Tisch sind. Der Bürgermeister stellt den Antrag, dem Grundsatzbeschluss zuzustimmen.

Der Antrag wird mit 26 Dafür- und 2 Gegenstimmen angenommen.

NICHT ÖFFENTLICH

28. Personalaufnahme

- a) *Bauamt*
- b) *Buchhaltung*

29. Personalangelegenheiten

30. Bericht im Bauverfahren

31. Berufung in Bauangelegenheit

32. Berufung in Bauangelegenheit

33. Berufung in Bauangelegenheit

Dieses Protokoll wurde in der Sitzung am genehmigt - abgeändert - nicht genehmigt.

.....
Bürgermeister

Für die SPÖ-Fraktion:

.....
Gemeinderat

Für die FPÖ-Fraktion

.....
Gemeinderat

.....
Schriftführer

Für die ÖVP-Fraktion:

.....
Gemeinderat

Für die LIF-Fraktion:

.....
Gemeinderat